

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Expeditur entgegengenommen.

Neuer Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Redaction u. Expedition: Berlin, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Pl. 8a.

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfgepalten: Petitzeile mit 50 P. berechnet. Versammlungs-Annoncen die fünfgepaltenen Petitzeile oder deren Raum 20 P. Sogenannte Reklam-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich praenumerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 85 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 95 Pf. — Kreuzband-Abonnements pro Quartal und Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 3 Rm., für Niederlande und Belgien 3 Rm. 60 Pf., für Frankreich 4 Rm. 50 Pf., für England und Amerika 3 Rm. 55 Pf. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen praenumerando gezahlt werden.

Abonnements-Einladung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß man auf unser Blatt für den Monat Dezember bei allen Postanstalten für 0,54 Mark, so wie in Berlin bei unseren Expedituren für 0,65 Mark frei in's Haus abonniren kann.

Im Post-Zeitungs-Katalog ist unser Blatt unter Nr. 2554

eingetragen, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Wir hoffen, daß unsere Freunde und Parteigenossen diese Gelegenheit zu einem zahlreichen Abonnement benutzen werden.

Die Expedition des „Neuen Social-Demokrat“.

Inhalt.

Die „reaktionäre“ Masse. Politische Uebersicht: Liberales Zeitungsgeschwätz. — Fortschrittliches. — Militärisches. — Pro nihilo. — Belgien. — Frankreich. — England. — Pfaffenpiegel. — Berliner Feuerbrünste. Deutscher Reichstag. Protest gegen die Entwürfe eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Titels VIII. der Gewerbe-Ordnung. Korrespondenzen: Neume. — Danabrief. — Hamburg. — Gießen.

Die „reaktionäre Masse“.

III.

Der Volksstaat, den wir wollen, ist der eigentliche Menschenstaat, in dem Geist und Herz, Wissen und Sittlichkeit und Glück erst zu ihrem Rechte gelangen. Daraufhin prüfet unser Programm, ihr Gesellschaftsretter aus der Bourgeoisie, und ihr werdet finden, daß die Arbeiterpartei, die wie ein Rufstich in eurem Spaziergange aufgegangen ist, der Staat der Zukunft ist, in dem ihr bloße „Reaktion“ seid. Keine Forderung unseres Programms, die der Selbstsucht fröhnte; sondern für Alles, was Menschenanständig trägt, wollen wir „unsere“ Rechte und Pflichten. Wie die Glieder in einem Leibe — nach dem oft wiederholten Bilde eures christlichen Erbauungsbuches — wollen wir die Glieder der Gesellschaft genährt wissen vom Ganzen, und schaffend, arbeitend, zu einem Zwecke, dem Willen, der Bestimmung des Ganzen entsprechend.

Und da hilft kein Sperren, Kästeln und Splitterrichten, wie es der Egoismus unseres Klassenstaats unserer Forderung der Solidarität, der Befreiung des Unterthans wie des Lohnslaven zu vollen Menschenrechten, entgegensetzt. Die herrschenden Rechts- und Sittenbegriffe sind nur die Splittler der Eishäule, die dem verbesserten Thierstaate noch anhaften, aus welchem ihr zum Menschenstaat übergehen und frei werden sollt. Freie Konkurrenz! ruft ihr, freie Individualität! Manchesterthum! — und doch ist das der Kampf nur zwischen den Gliedern, der den ganzen Körper hindert, frei, nach seiner Bestimmung zu leben, ist das Ausfaugen nur, das Vergiften und zu Falle bringen der Glieder untereinander und des besetzten Leibes selbst. Dem entgegen behaupten wir, daß der Mensch nur durch die Gesellschaft lebt, und daß jedes Glied das Gesetz des Ganzen tragen muß, soll es gesund leben. Darum wollen wir alle Arbeit zum Zweck der Gesellschaft, nach ihrem Wohl und nach ihrer Ordnung geregelt haben, und nicht nach Lust und Nutzen des Individuums, dem die Schwindel-Spekulation, Trug und Gewaltthat oft das Nächste und Liebste sind! Darum wollen wir auch keine Schmaroher bulden in der Gesellschaft, sondern nur „Arbeiter“. Wuchernde Auswüchse im Organismus ziehen die Säfte der arbeitenden Glieder an sich, und schwächen nicht bios diese, sondern verwandeln auch gesunde Säfte in Gift und Eiter, womit sie das Naheliegende versehen, den Organismus selbst bedrohen. Ihr Wuchern ist Lebensgefahr für das Ganze.

Darum wollen wir nicht das Eigenthum durch ein maßloses Erbrecht, nicht das Kapital durch Schwindelkredit, Staatshilfe und die insame Ausbeutung des an der Grenze des Verschmachtens gehaltenen Lohnarbeiters in einer Hand wuchern, nicht es monopolistisch zur gemeinschaftlichen Saftbeule anschwellen lassen!

Die schöpferische Lebenskraft des Kapitals, die nur bestimmt ist, eine Kulturausstattung, wie die natürliche Lebenskraft eine Naturausstattung, des Einzelnen zu sein, soll Allen zu Gute kommen — so wird sie, wie nicht fließendes Blut, das Ganze in allen Gliedern beleben. Die natürlichen Fähigkeiten, die in der That für den Einzelnen

aus dem Ganzen hervorgehen, die die Natur selbst — wie bereits statistische Nachweisungen zeigen — nach den Bedürfnissen des Ganzen regelt und erzeugt, sichern Jedem seinen nützlichenden Platz, seine lohnende Arbeit in der Gesellschaft; aber freilich nur unter der Bedingung, daß ihm die Arbeitsmittel, um seine Kraft geltend zu machen, nicht entzogen werden. Denn anderer Arbeitsmittel bedarf der Arbeiter im Kulturstaate als im Naturstaate, ganz so, wie er in jenem einer anderen Bekleidung bedarf, als der natürlichen von Haut und Haaren. Das größte Arbeitsmittel im Kulturstaate ist die Bildung, und daß mit ihr jeder Geborene ausgestattet werde, daß all seine Fähigkeiten entwickelt werden, ist das erste Menschenrecht im socialistischen Staate! Die Verfrüppelung des Geistes, wie sie der Klassenstaat systematisch betreibt, ist die unverzeihlichste aller Sünden, die wider den Geist! Aber das zweite Menschenrecht jedes Geborenen ist, daß er auch mit den notwendigen Organen oder Instrumenten der Arbeit, mit den im Kulturstaate unentbehrlichen materiellen Arbeitsmitteln ausgestattet werde, mit dem Boden und mit dem Instrument oder der Maschine. Im Naturstaate übernimmt auch diese Ausstattung die Mutter Natur. Den Boden bietet sie im Ueberflusse dar, Allen gemeinsam und Jedem zur Wahl; seine reichlichen Produkte nähren alle Zeit die Menschen im Ueberflusse (bis die Dichtigkeit des Volks, die Höhe des Kulturstaats, den Ueberflus verschlang) und boten Jedem ein Bild seiner Thätigkeit dar. Das natürliche Werkzeug der Arbeit aber bot sie Jedem in seinen Gliedern und Sinnen dar, sowie in den Instrumenten, welche die Naturprodukte, Stein, Holz, Thierfell, Früchte, Jedem erreichbar, liefern. Aber diese Ausstattung auch für den Kulturmenschen genügend erachten, ist eben so menschlich und klug, wie das Verlangen, daß er in der Naturausstattung seiner Noththeit die gesellschaftlichen Pflichten des guten Tons erfülle! Das zusammengesetzte Kunst-Instrument, die Maschine, ist unentbehrliches Arbeitsmaterial für den Kulturmenschen geworden. Mit ihm aber kann, wie die Natur, auch der Einzelne nicht sich ausstatten, da er so wenig wie die Natur es zu erzeugen vermag. Dies thut nur das geistige oder Gesamtleben der Menschen, dessen Glied nur der Einzelne ist. Schuldig also und ohne Ausnahme schuldig ist die Gesellschaft jedem ihrer Glieder diese Ausstattung mit Bildung, Boden und Maschine; und wenn sie irgend Einem das unentbehrliche Arbeitsinstrument in der organischen, geistig gewordenen Thätigkeit des Ganzen nicht zugänglich zu machen vermöchte, so müßte sie den also Enterbten selber ernähren und pflegen, wie sie ihrer Sinne oder Glieder Vebraute liebevoll ernährt und pflegt, so gewiß und so lange sie nicht auf Würde und Gewissen, auf Menschengeist und Menschenliebe verzichtet.

Raub und Diebstahl predigen nennt das freilich noch jetzt das verkümmerte egoistische Klassenbewußtsein der Privilegirten. Die Forderungen allgemeiner Gesundheit, organischer Geisteskraft und Blüthe der Gesellschaft erfüllen die einseitig Bevorzugten noch mit Zorn und Schauder und gerne schreien sie Jeter über wüste Gleichmaderet. Aber auch sie werden merken, daß ihr Glück, jezt einem Pilze auf faulem Auswurf vergleichbar, menschlicher, reicher, gesünder wird in der Gesundheit Aller, und in dem Maße überhaupt, als Intelligenz und Moral aus den Fesseln einer faulen und heuchlerischen Kirchenzucht sich losmachen und allseitig zu harmonischer Menschenvernunft sich entwickeln, werden auch diese beschränkten Vorurtheile des Verstandes und diese egoistischen Gelüste einer Sonderzucht zerrinnen wie Nebel vor der aufgehenden Sonne. Fassen wird auch der speciell „Gebildete“ und der exclusivste Monopolist den Kollektivbegriff der Societät, der Gesellschaft, den er jezt vor Individuen, wie den Wald vor Bäumen, nicht sieht. Daß das acht menschliche Leben nun und nimmer ein anderes, als ein solidarischen sein kann, daß wir aus der Gesellschaft Geist und Leib, nur als ihren Ausdruck, als ihre Organe, haben, und daß unsere Schätze wie unsere Ziele, unser Glück und Leid im Schooße der Gesellschaft liegen, wie auch sie nur unsere Vermittlerin mit dem All' ist — diese Dinge werden allmählig Binsenwahrheiten werden, und die Forderungen der Social-DEMOCRATIE damit aufhören, für etwas Anderes zu gelten, als für Eintreibung unveräußerlicher Menschenrechte!

Denn wenn Wohlstand und Elend für den Einzelnen aus der Gesellschaft kommen, so muß man das Elend in der Gesellschaft ausröten, den Wohlstand in der Gesellschaft gründen oder vermehren; dann sind Bescheidung des Eigenthums wuchers und Abthun des Kapitalmonopols so wenig „Raub“ und „Diebstahl“ mehr, wie das Werk der richtenden Gärtnershand oder des rettenden Arztes, dann sind sie Vermehrung der Kraft und Gesundheit, Sebung und Wohlthat am rechten Platz, d. i. für

das Ganze. Zu solidarischem Glück, Kampf und Leben sind die Menschen gemacht, und alle Forderungen der Social-DEMOCRATIE, seien es die socialen der Zerbrechung des ehernen Lohnsystems, der Schöpfung socialistischer Productivgenossenschaften mit Staatshilfe, des Eigenthums erwerbs durch Arbeit allein, seien es die politischen der gleichen Rechte und vollkommenen Ausbildung für Alle, oder der Regierung des Volkes durch das Volk — sie alle, wie sie in unserem Programm stehen, heißen nichts Anderes, als das Glück des Einzelnen auf seinen wahren Boden stellen, auf das Glück und die Kraft der Gesellschaft, und weiterhin des internationalen Verkehrs der Gesellschaften, der Menschheit! So lange aber diese Prinzipien des solidarischen Menschenweins nur von den Armen und Gedrückten verkündet, nur von der Arbeiterklasse, als den Varias des Klassenstaates, gefordert und in politischer Gliederung verfolgt werden, haben wir Recht und Pflicht, die anderen Klassen der Reaction zu überweisen und der Arbeiterklasse das Werk der Befreiung zu vindiciren, welches das Recht des Stärkeren beseitigen und die Menschenrechte zur Wahrheit machen wird. A. D.

Politische Uebersicht.

Berlin, 23. November.

Durch die liberale und gegnerische Presse macht folgende Notiz die Runde:

„Die von dem Abgeordneten Bebel bei Gelegenheit der ersten Verathung über das Hülfskassengesetz mitgetheilte Thatsache, die Verwaltung der braunschweigischen Eisenbahn hätte vor anderthalb Jahren beim Eintritt der Krise ihre Beamten angewiesen, bei der Arbeiter-Entlassung vorzugsweise ältere Leute, die nicht mehr so leistungsfähig seien, zu entlassen, wodurch diesen auch der Vortheil der Unterstützungs-Anstalt, für die sie langjährige Beiträge gezahlt, verlustig gegangen, wird von Seiten der genannten Bahn als unwahr bezeichnet. Es sei zu jener Zeit nur eine Verfügung dahin erlassen, aber 75 Jahre alte Arbeiter nicht zu beschäftigen. In Folge dieser Verfügung sei indeß kein Arbeiter entlassen, weil außer pensionsberechtigten Mitgliedern der Unterstützungsanstalt so alte Arbeiter überhaupt nicht vorhanden gewesen. Uebrigens sei bei den notwendigen Arbeiterentlassungen mit möglicher Schonung der Mitglieder der Unterstützungsanstalt verfahren.“

Obgleich jeder Denkfähige das Geschraubte und Gerundene dieser Notiz einsehen muß, hielt es der Angegriffene, Abg. Bebel, doch für seine Pflicht, vor dem Beginn der Sitzung des Reichstags vom 20. d. den Präsidenten zu ersuchen, ihm vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zu ertheilen, um nachzuweisen zu können, daß er vollkommen berechtigt war, jene Versicherung zu thun, und daß er sie in vollem Umfange aufrecht erhalte. Der Präsident lehnte das Gesuch mit Hinweis darauf ab, daß die betreffende Erklärung nicht officiell von der Verwaltung der braunschweigischen Bahnen ausgehe, wozu Letztere natürlich gute Gründe hat. Bebel wird nunmehr bei der zweiten Lesung des Hülfskassengesetzes an passender Stelle das Wort nehmen und die Richtigkeit seiner Versicherung nachweisen.

Ueber eine stattgefundenen Vorstandswahl der sogenannten Fortschrittfraktion des Reichstages brachten fortschrittliche Berliner Blätter folgendes:

„Die Fortschrittfraktion im Reichstage hat ihren Vorstand mittelst Akklamation wiedergewählt. Demselben gehören die Abgeordneten Dr. Hänel, Moriz Wiggers, Schulze-Dehlig, Dr. Minowit und Dunder an. An Stelle des verstorbenen Freiherrn von Hoberbed ist der Abg. Dr. Klotz (Berlin) gewählt worden.“

Wird diesen Herren denn nicht endlich das Komödien spielen leid? Oder haben die Fortschrittler sich je durch ihre Abstimmungen im Reichstage sowohl, wie im Abgeordnetenhaus, von den äußersten Reactionären unterschieden? Wir glauben nicht. Leute wie Löwe, Berger, Kreuz etc. sahen auch das kindische einer besondern Fraktionsbildung ein und gingen daher konsequenterweise offen in's national- oder richtiger kapital-liberale Lager über; um so lächerlicher bleibt es aber, wenn die Herren Dunder, Schulze, Richter, in deren Köpfen noch die seligen Erinnerungen an die Phrasenherrschaft des Konfliktsdustels fortvegetiren, noch immer die Löwenhaut weiter tragen wollen.

Die Zahl der deutschen Truppen beläuft sich auf 17,012 Offiziere, 48,280 Unteroffiziere, 745 Militär-Aspiranten, an Spielzeug 5123 Unteroffiziere und 7370 Gemeine, dann 327,508 Gefreite und Gemeine, 3187 Lazarethgehilfen, 9446 Handwerker, zusammen 401,659 Mann; ferner 1691 Militärärzte, 748 Zahnmeister, 621 Hofärzte, 626 Wäschmacher und 93 Sattler. Ferner kommen dazu an Dienstpferden bei der Kavallerie 62,591, bei der Feldartillerie 14,845, beim Train 2457, überhaupt 79,893. — Der europäische Frieden sieht, wie man sieht, auf den stärksten Füßen.“

Die hannoversche Rathskammer hat die auch in Hannover erfolgte Beschlagnahme der Broschüre Pro nihilo wieder aufgehoben. In Berlin dagegen ist die Beschlagnahme bestätigt.

In dem Kohlenbergwerke Vieille Marquise bei Seraing-sur-Neuse in Belgien hat sich am 7. November, Abends gegen 9 Uhr, ein schreckliches Unglück ereignet. 275 Arbeiter waren in diesem Bergwerke beschäftigt, als eine Grubengas-Explosion mit solcher Heftigkeit stattfand, daß der Boden zitterte und man

die Detonation meilenweit hörte. Rettungsversuche wurden sogleich angestellt. Bis zum 9. Nov. hatte man bereits 43 Leichname zu Tage gefördert. Eine andere Abtheilung ist in der Grube Malgamie geblieben, wozu man bisher noch nicht dringen konnte und wo vielleicht noch manche Opfer gefunden werden. Von den Todten waren neun schrecklich verbrannt und mehrere nicht zu erkennen oder schrecklich entstellt, und diese wurden sofort in Särge gelegt. Die Schwerverletzten, zehn an der Zahl, wurden zu ihren Angehörigen gebracht. Die Tage vom 10. bis zum 11. wurden den Rettungsarbeiten gewidmet. Am 10. Abends, stieg die eine Abtheilung in den Schacht hinab bis auf 452 Meter Tiefe und drang in dem Stollen bis gegen Stenay vor; sie stiegen durch Verbindungsschächte bis zum Niveau von 360 Meter zurück. In einer Tiefe von 412 Metern fanden sie vier Todte, die zur ersten Schicht von 64 Arbeitern gehört hatten. Bei 360 Metern suchte die Rettungsbrigade den östlichen Stollen der Malgamie zu durchforschen, aber die schlechte Luft zwang sie zur Umkehr. Die zweite Brigade fand in einer Tiefe von 412 Metern fünf fürchterlich verbrannte und entstellte Leichen, zum Theile Kopf und Glieder vom Rumpfe getrennt; Trümmerhaufen verhinderten die Nachforschenden weiter vorzubringen und sie mußten zurück. Man schickte Arbeiter, um die verschütteten Wege zu ebnen und womöglich gegen die östlichen Stollen vorzubringen, die bisher unnahebar geblieben waren. Gegen 10 Uhr Abends ging man daran, die aufgefundenen 14 Leichen an den Tag zu schaffen, was nicht auf einmal, sondern nur in mehreren Abtheilungen gelang. Nun beschäftigte man sich damit, einen Weg zu dem östlichen Stollen von Malgamie ausfindig zu machen, von dem es scheint, daß er der Heerd der Katastrophe war, obwohl man in dieser Hinsicht noch nichts feststellen konnte. Man arbeitet eifrig an Reparaturen. Am Morgen des 12. Nov. ist es endlich durch Einpumpen von Luft gelungen, in dem Stollen zwischen 412 und 360 Meter Tiefe in die Grube Malgamie einzudringen. Hier fand man die Leiche des Schichtmeisters, der offenbar auf der Runde begriffen, von der Katastrophe überrascht worden war. Nachdem man ein von der Explosion zerbrochenes Ventilationsrohr wieder hergestellt hatte, drang man im Stollen weiter vor und fand sieben Leichen, zwei andere lagen tiefer, drei noch in nächster Nähe der Schachteinmündung, durch die man jetzt eingedrungen war. Ein kleiner Theil dieser Galerie enthielt noch irrespirable Gase, denen man sich ohne Noth nicht aussetzen mochte. Dreizehn Särge wurden hinabgelassen und in den Stollen gebracht, wo sie die aufgefundenen Todten aufnahmen. Am 13. Nov. wurden wieder fünf Leichen gefunden. Die Zahl der Verunglückten ist jetzt 48. Jede Stunde aber kann neue Opfer zu Tage fördern und die Ausdehnung des Unglücks erhöhen. Unter den Opfern ist ein Vater mit seinen drei Söhnen.

Zur Illustration des französischen Preßgesetz-Entwurfs, der in der Kommission, welcher derselbe überwiesen wurde, sehr schlechte Aussichten hat, da beinahe drei Viertel der Mitglieder gegen denselben sind, kann die Thatfache dienen, daß in den Departements, in welchen der Entwurf den Belagerungszustand ausreicht erhalten wissen will, 24 Blätter unterdrückt worden sind, ungefähr die Hälfte von den in allen übrigen Departements unterdrückten; nur zwei davon sind bonapartistische, drei royalistische Organe, die übrigen lauter republikanische.

Der Nothstand unter den englischen Arbeitern ist ein wahrhaft schrecklicher. Nicht bloß, daß Hunderttausende fleißiger Arbeiter von gemüthsigen Kapitalisten auf's Straßenspalt geworfen worden sind und mit Weib und Kind hungern und frieren müssen, auch die Arbeiter, welche noch beschäftigt werden, müssen mit den nur denkbar jämmerlichsten Löhnen zufrieden sein. So ist Ende der vergangenen Woche auf den Schiffbauwerften von Doh den Arbeitern angekündigt worden, daß mit dem 29. Nis. eine Lohnherabsetzung von 10 pCt. eintreten wird. Wer sich dem nicht fügt, ist natürlich entlassen. Und da soll noch immer von einer Verständigung zwischen Kapital und Arbeit die Rede sein!

Wie wir hören, beabsichtigt Otto v. Corvin eine bedeutend vermehrte Ausgabe seines viel genannten „Waffenpiegel“, mit besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts, vorzubereiten. Die geschlechtlichen Exercitien der geistlichen Herren wiederholen sich allerdings, besonders in den letzten Jahrzehnten, in einer so aufregenden Weise, daß Herr Corvin um Stoff nicht allzu verlegen sein dürfte. So standen am 4. d. in Wiesbaden der 67 Jahre alte katholische Pfarrer Hungari — Verfasser vieler Erzählungen für die Jugend — und die sechsundzwanzigjährige Töchtertochter Mathilde Goldschmidt, angeklagt unsittlicher Handlungen, die sie in der Sakristei und zwar beim Beichten begangen, vor Gericht. Beiden wurden der ihnen zur Last gelegten Vergehen für schuldig erachtet und der Herr Pfarrer zu fünf Monaten, das Mädchen zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt. — Trotz der Beurtheilung nimmt der fromme Herr, welcher bei dem Bohrig'schen Falle, der vor einigen Jahren Aufsehen erregte, die Kirche austräuchern ließ, immer noch Amtshandlungen vor.

Ob der Sittlichkeit durch die Bestrafung des verführten Mädchens zu einer Gefängnißstrafe von acht Tagen gerade ein besonderer Dienst erwiesen wurde, wollen wir dahingestellt sein lassen, aber die Unversoretheit des Pfaffen jedoch, ruhig seinen Dienst weiter zu verrichten, wundern wir uns nicht; der Mann hat das Geschäft wahrscheinlich schon zu lange betrieben, um sich durch eine Beurtheilung aus der Fassung bringen zu lassen.

* Mit einer grauenerregenden Genauigkeit brechen in den letzten Wochen in der Kaiserstadt, welche viele Jahre hindurch keinen wirklich bedeutenden Brand aufzuweisen hatte, des Sonnabends fast um dieselbe Stunde der Nacht große Feuersbrünste aus, über deren Ursprung bis jetzt noch keine einigermaßen sichere Nachricht in die Oeffentlichkeit gelangt ist. Ueber den letzten Brand, welcher letzten Sonnabend eines der beliebtesten Viertel Berlins in die fürchterliche Aufregung versetzte, hören wir Folgendes:

Der Sonnabend scheint für die Feuer-Chronik Berlins ein verhängnisvoller zu sein, denn in diesem Moment (Abends 11 Uhr) ist der Himmel wieder durch eine Feuersbrunst geröthet, die an Mächtigkeit alle diejenigen großen Brände zu übertreffen scheint, die wir seit einigen Wochen zu verzeichnen hatten. Die erste Meldung über das in der Alten Jakobstraße 120 ausgebrochene Feuer ist dem Hauptbureau der Feuerwehre in der Lindenstraße um 9 Uhr 53 Minuten durch einen Angehörigen der in diesem Hause befindlichen Posamentierwaaren-Fabrik von Kehler gemacht worden, und um 10 Uhr 6 Minuten traf vom Centralbureau (Polizei-Präsidentium) das alarmirende Signal: „Groß Feuer!“ ein, welches die sämtlichen disponiblen Mannschaften und Geräthe, einschließlich der Dampftrüge, auf die Brandstätte rief. Glücklicherweise ist es windstill und ein feiner Regen trägt zu dem Löschwerke wesentlich bei. Trotzdem fliegen die Funken straflos weit und bedrohen nicht unwesentlich die Nachbarstätte des riesigen Feuerherdes, der sich späterer Meldung zufolge in der Alten Jakobstraße 20 auf einem ausgebehten Terrain befinden soll, das mit vielen winkligen und zum großen Theil aus Nachwerkbestehen-

den alten Gebäuden besetzt ist und die Dampfheißemaschine von Treitel, sowie die Posamentierfabrik von Hoffmann, Weiland & Comp. umschließt.

Die durch den Brand angerichtete Verwüstung läßt sich kaum beschreiben, man spricht von einem Schaden von 5 Millionen Mark.

In Berlin fängt's Biefen an, unheimlich zu werden.

Deutscher Reichstag.

(Schluß der Sitzung vom 19. November.)

Staatsminister Delbrück: Das Jahr 1876 ist das erste, in welchem die größte Ausgabeverwaltung, die Militärverwaltung, nicht mehr unter der Herrschaft des Bausquantums steht, so daß diesmal hier schon die Wahrscheinlichkeitsrechnung eintreten muß. In Betreff der Zölle und Verbrauchssteuern haben die ersten 10 Monate des laufenden Jahres die Einnahmen von 1874 im Betrage von 246 Millionen Mark erreicht. Es ist dabei indeß nicht außer Acht zu lassen, daß in diesen Einnahmen die letzten Monate bereits eine rückläufige Bewegung zeigen. Im Ganzen ergeben diese Einnahmen gegen den Voranschlag ein Plus von 17 Millionen Mark. Die Wechselstempelsteuer ergiebt mehr 250,000 Mark, die Zinsen für belegte Reichsgelder mehr 2,905,000 Mark. Von der Eisenbahnverwaltung läßt sich erweisen, daß sie die Staatsansätze ausbringen wird, so daß mit den außerordentlichen Einnahmen zusammen sich eine Gesamteinnahme von 20,360,000 Mark ergibt. Dazu kommen jetzt schon feststehende Minderausgaben: bei der Verwaltung der Reichsschulden 2,040,000 Mark, bei der Subvention der Gotthardbahn 376,000 Mark, so daß der ganze Ueberschuß ca. 22 Millionen Mark beträgt. Die Postverwaltung wird, wenn man die Erfahrungen des vorigen Jahres bei der Berechnung zu Grunde legt, eine Mindereinnahme von ca. 800,000 Mark ergeben. Was nun die Mehrausgaben betrifft, so läßt sich heute noch nicht mit voller Bestimmtheit sagen, wie die Militärverwaltung abschließen wird; man nimmt indeß an, daß bei den gestiegenen Preisen für Roggen, Hafer und Heu und Stroh 7,783,000 M. über den Etat werden ausgegeben werden. (Bewegung.) Dazu kommen noch Mehrkosten für Randver, für das Remontewesen u. s. w., in Summa Mehrausgaben: 9,933,000 Mark. Dagegen werden an persönlichen Ausgaben ca. 3 Millionen erspart. Ferner erwachsen Mehrausgaben für die Herstellung der Reichsclassenscheine, für die Telegraphenverwaltung, für Pensionen von Offizieren u. s. w., beim Reichskanzleramt Mehrausgaben für die Beobachtung des Venusdurchganges, für Raponenschilderungen, für die Weltausstellung in Philadelphia, den Ausbau des Kaiserpalais u. s. w. So bleiben denn von jenem erwähnten Ueberschuß von ca. 22 Millionen in Wirklichkeit rund 14 Millionen M. übrig und dies wird das wahrscheinliche Finanzergebniß des laufenden Jahres sein. Was nun den vorliegenden Etat betrifft, so sind die Differenzen desselben gegen den vorjährigen Etat in der in Ihren Händen befindlichen Denkschrift nachgewiesen. — Der Herr Minister specialisirt hierauf die Ausgaben der Denkschrift recapitulirend, die Mehrausgaben im Reichskanzleramt, im auswärtigen Amte, in der Militärverwaltung (7,021,000 M.). Von letzterer fallen auf den preussischen Etat 5,111,000 M., und zwar 730,000 Mark an dauernden Mehrausgaben für Vermehrung der Stellen und die weitere Ausbildung der Organisation des Heeres; 1,630,000 M. Mehrausgaben fordert das neue Kriegsdienstgesetz, 2,410,000 M. mehr werden die Lebensmittel kosten. Dazu kommen 220,000 M., weil das nächste Jahr einen Tag mehr hat, als das laufende. (Heiterkeit.) Das Extraordinarium in den Ausgaben enthält nur Forderungen zur Vollendung von Bauten. In der Marineverwaltung sind 3 Millionen Mehrausgaben veranschlagt und zwar für die Einrichtung der Seewarte, für Besoldungen, für Inbienststellung von Schiffen — eine Mehrausgabe, die durch die politischen und Handelsverhältnisse geboten erscheint — ferner für die Naturalverpflegung, für die Versterben und für die Flottenartillerie. Im Extraordinarium bedarf die Mehrforderung für die Marine einer Erläuterung. Zur planmäßigen Entwicklung der Flotte und zur Vollendung der großen Establishments in Kiel und Wilhelmshaven sind Verwendungen von ca. 27 Millionen Mark nötig. Wir würden bei der Finanzlage des Reichs Anstand genommen haben, mit einer so hohen Forderung vor das Land zu treten. Es ist indeß möglich, einen sehr erheblichen Theil dieser außerordentlichen Ausgaben durch die bereits in früheren Etats, wenn auch für andere Zwecke, gewährten aber nicht konsumirten Ausgaben zu decken, weil diese letzteren Zwecke im nächsten Jahr aber nicht jenen Etatssummen entsprechend gefördert werden können. Es ist deswegen für zulässig gehalten worden, von jenen 27 Millionen 17 Millionen abzusetzen und das Extraordinarium mit 10 Millionen anzusetzen. Es ist hierbei also nichts vorgenommen, als eine Uebersetzung bereits für andere Zwecke bewilligter Fonds. Weiter erwähnt noch eine Mehrausgabe für die Durchführung der Ranzreform; bei den übrigen Etats sind die Mehrausgaben von geringerer Bedeutung. Bei der Feststellung der Einnahmen hat die Regierung es für ihre Pflicht gehalten, mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen. Die Zölle und indirekten Steuern sind mit einem Plus von 13 Millionen gegen das Vorjahr eingestellt. Könnten wir jetzt sagen, daß die Benutzung der seit mehr als 1 1/2 Jahren herrschenden Krisis mit Sicherheit im Laufe des nächsten Jahres eintreten werde, so hätte sich ein höherer Voranschlag machen lassen; wir konnten indeß diese Ueberzeugung in dem notwendigen Maße nicht gewinnen. Vom Wechselstempel ist eine Mehreinnahme von 1,470,000 M. veranschlagt. Die Post- und Telegraphenverwaltung erhalten, wie Sie wissen, durch ihre Vereinigung eine neue Organisation; sie sollten einen Ueberschuß von 3,750,000 Mark gewinnen; für die Eisenbahnverwaltung sind 2,405,000 M. mehr eingestellt. Dazu kommen dann noch Mehreinnahmen aus der Bantverwaltung. Hiernach betragen nun also die Gesamteinnahmen 312,461,284 M., die Gesamtausgaben 399,446,660 M., und es ist nun die Frage, wie dieser Ausfall von ca. 87 Millionen gedeckt werden soll, da die Summe die Matricularbeiträge um etwa 18 Millionen übersteigt. Daß wir Ihnen hierfür die Einführung neuer Steuern vorschlagen, wird sich durch den Gang der vorjährigen Beratungen rechtfertigen. Es war dabei noch die Frage zu berücksichtigen, ob sich die Einnahmeverhältnisse etwa für 1877 günstiger gestalten werden, und diese Frage haben wir nach reiflicher Erwägung nicht bejahen zu können geglaubt. Eben so wenig aber wird wohl in den Ausgaben eine erhebliche Verminderung eintreten können, so daß auch in Hinblick auf die Zukunft kein Anlaß ist, für das nächste Jahr an ein Uebergangsstadium zu denken; wir mußten uns vielmehr zu einer Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches entschließen. Die verbündeten Regierungen haben sich hierbei von dem Prinzip leiten lassen, denjenigen Kreis der Steuern, der durch die Verfassung dem Reiche überwiesen ist, nicht zu überschreiten. Die Vorkostensteuer fällt in den Rahmen der Besteuerung gewisser Rechtsgeschäfte, deren prinzipielle Zulässigkeit anerkannt worden ist, die von Einzelstaaten aber nicht aufgelegt werden konnte. Die zweite Steuer ist nur die Erhöhung einer bereits

bestehenden Steuer, von welcher auch nur ein Theil des Reichsgebietes betroffen wird; sie empfiehlt sich durch die Erfahrungen, die man in dem übrigen Reichsgebiete damit gemacht hat. So sind denn bei der Aufstellung des ganzen Etats die Gesichtspunkte festgehalten worden, von denen die Majorität des Reichstages im vorigen Jahre geleitet war: die Matricularbeiträge auf einer konstanten Höhe zu erhalten, um die Finanzverwaltungen der Einzelstaaten zu sichern und den Einzel-Landtagen keinen Grund zu dem Vorwurfe zu geben, daß sie nach dem hier gefaßten Beschlusse die Matricularbeiträge um Millionen erhöht werden könnten.

Berichtigung. Im letzten Bericht muß es beim Resumé der Schorlemmer'schen Rede heißen: „weil es leicht (statt nicht) geschehen könnte, daß der Arbeiter, wenn er sein durch die Steuer verteuertes Glas Bier trinkt, sich sagt, daß er in dieser Steuer, die er im Schweife seines Angesichts aufgebracht habe, die Gage für die 250 neugeschaffenen Stabsoffiziere zahle.“

Berlin, den 20. November.

In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde die Debatte über den Reichshaushalts-Etat für 1876 fortgesetzt.

Abgeordneter v. Minnigerode, welcher der erste Redner heute war, wußte nichts Besseres zu thun, als den Etat, wie er vorliegt, incl. der neuen Steuerprojekte, zu verteidigen. Er ging sogar noch über die Wünsche der Regierung hinaus, indem er die Verlängerung der Etatsperiode von einem Jahr auf drei Jahre befürwortete. Das „Oho!“ der Majorität mochte ihn indeß belehren, daß dieser freundliche Wunsch vorläufig noch keine Aussicht auf Erfüllung hat; daß er hingegen im Bundesrathe auf fruchtbaren Boden fällt, bedarf wohl kaum der Versicherung.

Herr Eugen Richter, welcher nach Minnigerode zu Worte kam, ist ein Rechenkünstler, das unterliegt keinem Zweifel, und er versteht es, in die geheimsten Falten des Etats einzudringen und die verborgenen Summen, welche die Reichsregierung, als existiren sie nicht, todtschweigend versucht, an's Tageslicht zu ziehen. Herr Richter wies nach, daß eine ganze Reihe von Fonds zum Theil von sehr bedeutender Höhe — er schätzte allein die noch aus der französischen Kriegsentwässerung vorhandene und ohne Verwendung gebliebene Summe auf 90 Millionen Mark — noch vorhanden sei. Die Majorität nahm die zum Theil sehr drastischen und treffenden Ausführungen des Redners, die ein wenig schmeichelhaftes Bild von der Reichs-Finanzverwaltung entwarfen, mit großer Heiterkeit auf, statt in allgemeiner Entrüstung auszubringen und zu verlangen, daß Minister, die in solcher Weise ihres Amtes walten, von ihrem Posten entfernt würden.

Einen recht eigenthümlichen Eindruck machten die zahlreich anwesenden Bundeskommissare, die sich zum Theil über die Stiche, welche ihre Kollegen Camphausen und Delbrück erhielten, gewiß nicht zu grämen schienen, von denen aber Keiner den Muth hatte, mit einer selbstständigen Meinung hervorzutreten und im Interesse der Staaten, die sie vertreten, ein mannhaftes Wort zu sprechen; denn es liegt auf der Hand, daß die Finanzwirtschaft des Reichs auf die materielle Lage der Einzelstaaten von entschiedenem Einflusse ist.

So vortrefflich nun auch die Richter'schen Ausführungen sein mochten, die eigentliche Spitze fehlte ihnen, weil Herr Richter, auf dem Boden des heutigen Systems stehend, das System selbst nicht angreifen konnte, sondern nur dessen Auswüchse, die aber nach Lage der Sache unvermeidlich sind, und wenn heute an einer Stelle beseitigt, morgen an einer andern Stelle wieder zum Vorschein kommen müssen.

Die Angriffe des Abgeordneten Richter gegen die Finanzverwaltung und die Aufstellung des Etats nöthigte den preussischen Finanzminister Herrn Camphausen, das Wort zur Verteidigung zu nehmen. Die Schwierigkeiten seiner Position, welche er vollkommen erkannte, veranlaßten ihn, bei Beginn seiner Rede, die Unterstützung der summa dastehenden Bundeskommissare der anderen Staaten, wie auch insbesondere seines neben ihm sitzenden Freundes Delbrück anzurufen. Damit nicht genug, gab er auch die in diesem Reichstag stets wirksame Erklärung ab, falls die Volksoertretung und die am Ruder stehenden Männer nicht mehr harmonirten, würden letztere genöthigt sein, Andern Platz zu machen, damit das gestörte Einverständnis wieder hergestellt werde. Weiter führte Herr Camphausen aus, daß zwar erhebliche noch nicht aufgebrachte Fonds vorhanden seien, daß aber deren Verwendung aber Beschluß gefaßt sei, und daß, wenn dieser Fonds für das Jahr 1876 auf's Neue in's Budget gebracht worden, dafür im Jahre 1877 die nothwendigen Bedürfnisse nur um so größere seien und neue Steuern nicht entbehrt werden könnten. Er befürwortete letztere nicht in Rücksicht auf die Finanzverhältnisse Preussens, sondern in Rücksicht auf die Lage der Kleinstaaten, welche auf neue Einnahmequellen des Reichs bedacht nehmen müßten, weil sie für die Dauer außer Stande seien, den an sie Seitens des Reichs, d. h. des Militärbudgets, gestellten Anforderungen zu genügen. Vollkommen richtig vom Standpunkt der Majorität hob Herr Camphausen hervor, daß, wenn der Reichstag die Ausgaben bewillige, er auch für die Einnahmen sorgen müsse. Und siehe da, es gelang seinen glatten, jedoch unzweifelhaft logischen Auseinandersetzungen, die vorher so finstere dreinblendenden Gesichter der gesinnungstüchtigen Reichsboten nach und nach aufzuhellen, bis sie schließlich im hellsten Sonnenschein glänzten, das geschah namentlich, als Herr Camphausen es unternahm, die Zukunft, und zwar die nahe Zukunft, im rosigsten Lichte zu malen. Nun, der Glaube macht selig.

Auf die Steuerprojekte eingehend, verwandte sich Herr Camphausen nicht nur für dieselben, er erklärte sich auch für eine höhere Besteuerung des Tabaks, ließ aber schließlich durchblicken, daß er zum „Handeln“ geneigt sei, und sich vorläufig mit der Vorkostensteuer begnügen werde.

Abg. v. Kardorff entnimmt den Ausführungen des Finanzministers, daß auch die Vorkostensteuer überflüssig sei. Er (Kardorff) habe dieselbe bewilligen wollen, sei aber nunmehr im Zweifel, ob er es noch thun dürfe. Im Uebrigen erging sich der Redner in langen Tiraden über unsere ökonomische Misere, ohne jedoch über die glatteiten Gesichtspunkte der heute herrschenden Bourgeoisökonomie hinauszukommen. Namentlich war es das Wort „Ueberproduktion“, das in jedem Satze ein oder mehrere Male vorkam, was nicht ohne komische Wirkung blieb.

Das Haus verzichtete von vornherein darauf, Herrn v. Kardorff irgend welche Aufmerksamkeit zu schenken, da man sehr bald erkannte, daß es sich nur um eine Wiederholung des in seiner Broschüre „Gegen den Strom“ Niedergelegten handelte. Was für Augenblicke die Aufmerksamkeit der anwesenden Socialisten fesseln konnte, waren die ausgesprochenen Ansichten über den Vortheil hoher Arbeitslöhne, welche die Produktion begünstigen — Carey'sche Theorien, zu denen sich der Redner neuerdings bekannt, die aber seiner Gründlichkeit sicher keinen Zwang anthun. Ein Antrag auf Vertagung der Sitzung, um dem drohenden (Schlußantrag vorzubringen), vom Abg. Veibel gestellt, wird abgelehnt und erhält der Abg. Lasker das Wort. Der-

selbe begann damit, in schmeicheleichen Ton den Abgeordneten Kardorff wegen einiger heftigen Ausfälle gegen die dominierende Wirthschaftspolitik zurechtweisen zu wollen. Dann folgte ein warmes Lob der „konstitutionellen“ Ausführungen des Finanzministers, „die eine Verständigung möglich machten“. Ganz nationalliberal! Dem entsprechend waren auch die weiteren Ausführungen Lasker's in der Hauptsache rein formaler Natur. Erst gegen den Schluß seiner Rede erhob er sich zu einer scharfen Polemik gegen die Abgg. v. Minnigerode und v. Kardorff, welche die liberale Partei für die jetzige Krisis verantwortlich gemacht hatten.

Bei dem Schluß der Lasker'schen Rede war es ein Viertel auf fünf geworden. Abgeordneter Bebel erneuerte den Antrag auf Vertagung, der Antrag wurde abermals abgelehnt.

Es folgt eine kurze nichtsagende Replik des weimarischen Bundeskommissars gegen den Abgeordneten Richter, die, wenn sie die vom Finanzminister Camphausen erbetene Hilfe aus dem Bundesrath vorstellen sollte, schwerlich dem gehegten Wunsche entsprechen haben dürfte.

Bundeskommissar Michaelis hielt es für nothwendig, trotz der späten Stunde noch einmal das Wort zu ergreifen, um die Regierung gegen die Angriffe des Abgeordneten Richter zu vertheidigen, aber er predigte tauben Ohren. Mit der Länge seiner Rede nahm die Unruhe und Unaufmerksamkeit im Hause in jeder Minute zu, so daß er schließlich nur für die Stenographen sprach.

Es erfolgt ein erneuter Vertagungsantrag des Abg. Bebel und von Denzin. Das Bureau erklärt nach langer Berathung, daß für den Antrag nur die Minorität stimmt. Der Antrag des bekannten Schlusstragstellers, Abg. Valentin, fand dagegen die Majorität, und so wurde abermals, nachdem Redner aller Parteien des Hauses, zum Theil in mehrfacher Vertretung, zum Wort gelangt waren, dem socialistischen Redner, Abg. Liebknecht, das Wort abgeschnitten.

Wir fügen dieser Thatsache kein Wort hinzu, der Parlamentarismus richtet sich selbst.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde das Budget in seinen Haupttheilen vor eine Kommission verwiesen.

Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr.
Nächste Sitzung Montag, 12 Uhr. Tagesordnung: Die neuen Steuern.

Sitzung vom 22. November.

Die getreuen Reichsboten haben der Eröffnung der heutigen Sitzung in besonders feierlicher Stimmung entgegen. Der Heilige von Barzin hatte endlich seine Einsiedelei verlassen und sollte, einem verbürgten Gerüchte zufolge, in der Sitzung erscheinen, um die neuen Steuervorlagen zu vertheidigen, die nach dem Gang der Verhandlungen vom Freitag zum Sonnabend so gut als abgehandelt zu betrachten waren.

Die Tagesordnung bildet die Verathung der Gesetz-Entwürfe für Aufnahme einer Anleihe zu Zwecken der Telegraphen-Verwaltung, die Brausteuern und die Börsensteuer.

Während der verschiedenen kleineren Mittheilungen, welche der Präsident bei Beginn der Sitzung macht, tritt Fürst Bismarck in das Haus und wird schweigend empfangen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, betreffend die Anleihe für Telegraphenzwecke wird rasch erledigt. Der Oberpostleiter Dr. Stephan begründet die Vorlage. Abg. Schmidt-Stettin hat allerlei Wünsche für seine Freunde in der Bourgeoisie, Abg. Grumbrecht-Harburg ist von den Ausführungen des Herrn Oberpostleiters wenig erbaut und sieht auch in der Telegraphen-Verwaltung ein sich rasch steigendes Defizit, das namentlich durch die Menge der kleinen Stationen, die ihre Kosten nicht tragen, herbeigeführt würde.

Nach einer Entgegnung Seitens des Oberpostleiters Dr. Stephan wird die erste Lesung des Gesetzesentwurfs geschlossen und derselbe an die Budgetkommission verwiesen.

Die Debatte über den zweiten Punkt der Tagesordnung (Brausteuern) wird durch eine Rede des Reichskanzlers eröffnet. Fürst Bismarck ergeht sich zunächst in Entschuldigungen über sein bisheriges Ausbleiben und giebt dieses hauptsächlich den Angriffen des Abg. Eugen Richter Schuld, der durch seine Angriffe ganz wesentlich dazu beigetragen, wenn seine Gesundheit nicht die beste sei. Nach dem Abg. Richter erhielt die Presse einige derbe Hiebe, weil sie über das Fernbleiben des Kanzlers sich aufgehalten. Es scheint darnach, daß der Eifer in der Unterzeichnung von Straf-Anträgen nicht ausreicht, die Nerven des Kanzlers vor jeder An-Regung zu bewahren, und da erklärt sich das Bedürfnis nach neuen Strafverschärfungen von selbst.

Nach einer langen Einleitung gelangte der Kanzler endlich zur Vertheidigung der Steuervorlagen. Der Vortrag des Redners war häufig stotternd und unsicher. Er betonte die Nothwendigkeit neuer Steuern im Interesse der Kleinstaaten, welche den an sie gestellten Anforderungen auf dem Wege der Matrifularumlagen nicht mehr genügen könnten. Herr von Bismarck betrachtet die neuen Steuern als Ritt für die einzelnen Theile des Reichs, das nach seiner Ansicht noch nicht die Sicherheit der Dauer in sich habe, wie die Einzelstaaten. Er sei für die indirekten Steuern, als die zweckmäßigsten Steuern, bei den direkten Steuern sei er nur für eine Steuer, die Einkommensteuer, die er aber nicht als Finanzsteuer, sondern als „Anstandssteuer“ betrachtet wissen wolle, und die erst bei dem größeren Einkommen zu beginnen habe. Mit anderen Worten: Die Masse soll die Lasten tragen, die Einkommensteuer für die Reichen soll eben nur als Zeigen-Blatt dienen, womit man den indirekten Steuerdruck auf die Massen zu beschönigen und zu verdecken sucht.

Die Rede des Reichskanzlers war in der Hauptsache ein Panegyrikus auf die indirekten Steuern, wobei er Ansichten zu Tage forderte, die Niemand mehr als der Social-Demokratie zu Statten kommen werden. Sicher ist die Bourgeoisie mit seinen finanz-ökonomischen Ansichten vollkommen einverstanden, das zeigte sich, als er davon sprach, daß man die Zölle auf so viele Gegenstände, die wenig einbrachten, aufhebe, dagegen auf 10 bis 15 der von den Massen konsumirten Gegenstände zu werfen habe, um hohe Einnahmen zu erzielen. Diese Ansicht fand den lebhaftesten Beifall im Hause. Aber sicher war es der Bourgeoisie nicht angenehm, daß er diese und ähnliche Ansichten in so un-vertroener Weise aussprach und damit ihren Feinden in die Hände arbeitete.

Es wird Pflicht der social-demokratischen Presse sein, die Bismarck'sche Rede einer näheren Beleuchtung zu unterziehen, sie verdient diese Aufmerksamkeit in vollem Maße.

Abg. Löwe wendet sich in höchst schwächlicher Weise gegen die Ausführungen des Reichskanzlers und ergeht sich dann in langen medicinisch-technischen Auseinandersetzungen über die Art des Bierbrauens, seine Wirkung auf den Organismus und die beste Art der Brauereierzeugung. Er verlangt, daß, wenn man die Brausteuern erhöhen wolle, man zunächst feststelle, welcher Art das Bier sein müsse, für welches Steuern erhoben werden. Im Grunde genommen geht Redner noch über die Bundesvorlage hinaus, in- dem er nicht abgeneigt ist, unter Umständen die in Bayern be-

stehende höhere Biersteuer zu acceptiren, wenn dafür die Bayerische Gesetzgebung und Praxis für das Bierbrauen überall eingeführt werde.

Abg. Lucius, der Intimus des Fürsten Bismarck, vertheidigt in fließendem Vortrage die Einführung der indirekten Steuern, die er nicht bloß im Reich, sondern als Haupteinnahmequelle im Einzelstaat und den Communen eingeführt zu werden wünscht. In dieser Beziehung steht er gleich dem Fürsten Bismarck in Frankreich sein Ideal, dessen Steuererträge zu einem unverhältnißmäßig großen Theil aus den indirekten Steuern resultire. Es läßt sich nicht verlernen, daß unser heutiges Staats-system und die riesenhaften Anforderungen, die es stellt, die Bourgeoisie wegen Aufbringung der nöthigen Mittel in die äußerste Verlegenheit bringt. Die Ansprüche werden täglich größer, selbst mag sie nicht die Lasten übernehmen, in direkter Weise die Massen noch mehr zu belasten, ist äußerst gefährlich, so verfällt sie auf das echte Auskunftsmittel, die Erhöhung der indirekten Steuern. Doch an der wachsenden Einsicht der Massen wird auch diese Absicht scheitern.

Bundeskommissar Camphausen stellt eine Reihe von Mißverständnissen klar und verwahrt sich dagegen, als habe er die neuen Steuervorlagen selbst fallen lassen.

Abgeordneter Windthorst-Meynen ist der Ansicht, daß zwar die Finanzen des Reichs in keinem guten Zustande seien, glaubt aber, daß sich dem nicht durch neue Steuern, sondern durch Ersparungen abhelfen lasse. Großes Unbehagen bei der Majorität riefen Windthorst's Aeußerungen über den Nothstand hervor. Die Majorität leugnet diesen Nothstand, wie das aus den Aeußerungen verschiedener Redner hervorging. Dann aber kam der reaktionäre Pferdesuß zum Vorschein. Herr Windthorst verlangte eine Revision des Freizügigkeits- und Gewerbegesetzes im zünftlerischen Sinn. Im Ganzen waren die Auseinandersetzungen des Abgeordneten für Meynen matt, die Rede war ein Umher-irren auf den verschiedensten Gebieten. Eins war indeß in den Aeußerungen Windthorst's für die Stellung des Centrums von entscheidender Bedeutung, Herr Windthorst erklärte sich ebenfalls für das indirekte Steuersystem, das er namentlich deshalb befürwortete — man höre und staune — weil ein gerechtes Einkommensteuer-System undurchführbar sei. Darnach kann man bemessen, was den Klagen über den bestehenden Nothstand und der Arbeiterfreundlichkeit des Centrums für ein Verth beizulegen ist. Alle Parteien im Reichstage, mit Ausnahme der Socialisten, sind einig darin, hauptsächlich auf die arbeitende Klasse die Steuerlast abzumwälzen.

Endlich gelangt der Abg. Liebknecht zum Wort. Die Zeit war bereits auf 1/4 Uhr vorgerückt.

Redner beginnt, an die Schlussworte des Vorredners über die Nothwendigkeit der Ministerverantwortlichkeit anknüpfend, daß diese Frage mehr als jede andere eine Nachtfrage sei. Der Reichstag habe aber mehr als jede andere Vollvertretung sich der Macht, die er gehabt, freiwillig begeben. Redner beleuchtet nun in einer Rede, die nahezu eine Stunde währt, das gesammte politische und sociale System, das in heutigen Reiche besteht. Er wurde dabei mehrfach von der Majorität unterbrochen und auch vom Präsidenten — der allen Vorrednern den weitesten Spielraum zu ihren Ausführungen gelassen — mehrfach in un-gerechtfertigter Weise zur Sache verwiesen. Der Hinweis des Redners auf das System, das in Personen, wie Stieber und Wagner seinen Ausdruck findet, wels' letzterer an den Hochzeiten des Fürsten Bismarck hänge, rief stürmisches Gelächter hervor, war aber zweifellos der Mehrheit und insbesondere dem anwesenden Reichskanzler, der in das Gelächter mit einstimmt, höchst unangenehm.

Die Rede wird, sobald sie gedruckt vorliegt, in der socialistischen Presse zum Abdruck kommen.

Nach dem Abg. Liebknecht nahm noch einer der Kleinstaaten-Bundeskommissare das Wort, worauf der Schluß der Debatte ausgesprochen und die Biersteuer an die Budgetkommission verwiesen wurde.

Raum begonnen, wird die Debatte über die Börsensteuer auf Antrag des Abg. Valentin geschlossen. Auch diese Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.
Schluß der Sitzung gegen 1/5 Uhr.

Sitzung der Hülfsklassen-Kommission am 20. Nov., Abends 8 Uhr.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Abg. Bamberger, beantragt der Abg. Oppenheim einen Zusatz zu § 4, demnach über die eingetragenen Klassen von den Behörden ein Register geführt werden soll, damit beispielsweise fremden Arbeitern auf der Polizei nachgewiesen werden könne, welche Klassen empfehlenswerth seien. (Der Antrag wird abgelehnt.)

Sodann entspinnt sich eine längere Debatte über den ersten Absatz des § 5 hinsichtlich des Ausdrucks juristische Person. Die Abgeordneten Parisius und Jacobi erklären, daß der Begriff durchaus nicht festgesetzt und es daher besser sei, diese mystische Person fortzulassen, zumal die Pflichten der zur juristischen Person erhobenen Klassen sich nicht wie beim Genossenschaftsgesetz auf die Haftbarkeit der einzelnen Mitglieder beziehen soll. Es wird beschlossen, den beregten Ausdruck, juristische Person, beizubehalten, mit der Erläuterung: daß für alle Verbindlichkeiten nur die Klasse haftet und die Mitglieder zu keiner andern Pflicht, als zur Zahlung ihres Beitrages angehalten werden können.

Der erste Absatz des § 6 wird, wie folgt, abgeändert: „Der Beitritt der Mitglieder mittelst schriftlicher Erklärung, durch Unterzeichnung des Statuts, oder durch eine Erklärung vor dem Vorstand ist erforderlich.“

Die Erklärung vor dem Vorstande glaubte man deshalb einschalten zu müssen, weil angenommen wurde, daß es noch eine ziemliche Anzahl Arbeiter gebe, welche des Schreibens nicht kundig.

Der zweite Absatz des § 6, der eigentliche Schwerpunkt der ganzen Gesetzesvorlage, der sogenannte Socialisten- und Gewerkschaftsmörder, rief selbstverständlich eine lange und leb-hafte Debatte hervor; es waren zu diesem AL 2 des § 6 zwei Anträge eingebracht, der erste, vom Abg. Grumbrecht gestellte, lautete:

„Den Mitgliedern dürfen keine Bedingungen zu bestimmten Zwecken und Voraussetzungen auferlegt werden, welche mit dem Zwecke der Krankenkasse nicht in Verbindung stehen.“

Der zweite Antrag, vom Abg. Oppenheim, wollte bezwecken, im § 6 al. 2 die Worte: „die Beteiligte an anderen Gesellschaften oder Vereinen nicht zur Bedingung stellt, sowie“, zu streichen.

Ein dritter Antrag wurde noch während der Debatte vom Abg. Hänel eingebracht, dahingehend, daß die Mitgliedschaft und deren Rechte nicht von der Beteiligte an besonderen Vereinigungen oder Verabredungen abhängig gemacht werden dürfe, gegen die nach § 152 der Gewerbeordnung weder Klage noch Beschwerde vor Gericht anhängig gemacht werden könne. So weit die Anträge.

Der Herr Regierungs-Kommissar vertheidigte den Satz,

welcher den Gewerkschaften und Vereinen verbietet, den Mitgliedern der Krankenkassen zugleich die Mitgliedschaft eines Gewerks oder sonstigen Vereins zur Pflicht auszuverlegen, damit, daß er anföhre, es werde heu zu Tage eine Tyrannie von Seiten der Gewerkschaften auf die Mitglieder ausgeübt und durch die Drohung, daß die sich nicht fügende Minorität ihre wohlverdienten Rechtsansprüche in der Krankenkasse verlieren würden, wenn sie aus der Gewerkschaft ausgestoßen, würden oftmals Arbeiter zur Theilnahme an einem Strike getrieben, woran sie sonst nie gedacht hätten.

Als Beispiel wurden einzelne Paragraphen aus dem Statut des Max Hirsch'schen Gewerksvereins, der Baugewerksarbeiter und aus dem Statut des social-demokratischen (ist der Ausdruck des Herrn Regierungs-Kommissars) Buchdrucker-Verbandes angeführt, welche die Möglichkeit eines Zwanges in sich schließen könnten.

Der Vertreter der Regierung erklärte ferner, die Regierung wolle den Krankenkassen volle Freiheit lassen, dieselben sollten sich aber mit nichts Anderem befassen, im Interesse des Bestehens der Kassen sei es, wenn der jetzt in ihnen herrschende sogenannte gemüthliche Ton aufhöre und die Kassen nur reine Versicherungsgesellschaften würden; es sei ihm ferner nirgends der Beweis gebracht, daß Vereinigungen, welche gesunde Zwecke verfolgten, durch diese Bestimmungen geschädigt würden.

Die Abg. Schmidt (Hamburg) und Duncker beantragten Streichung des Alinea 2 der Regierungs-Vorlage ohne weiteren Ersatz an dessen Stelle. Der Abg. Schmidt führte aus, daß diese Bestimmung gegen die social-demokratischen Vereine erlassen sei, daß jedoch nicht diese, sondern eine ganze Menge anderer Vereinigungen dadurch betroffen würden.

Duncker hielt die Bestimmungen der Regierung, welche die Tyrannisierung der Gewerkschaften unmöglich machen soll, deshalb für überflüssig, weil, wenn ein derartiger Fall einträte, durch die Arbeiter, welche nicht mit den Bestimmungen der Gewerkschaft zufrieden, ein Regulativ geschaffen würde, wie dies jetzt bei den Buchdruckern der Fall sei, wo diejenigen, welche gewillt, unter (d. h. zu einem niedrigeren Satze, als der Tarif bestimmt) zu arbeiten, sich ebenfalls vereinigt hätten.

Ferner müsse einer Vereinigung von Leuten das Recht verbleiben, daß, wenn einzelne Personen aus der Vereinigung austreten, die Gesamtheit nicht verpflichtet sei, diese Leute noch in der Krankenkasse zu behalten.

Es wurde weiter vom Redner ausgeführt, wie unangenehm es einem Fabrikanten sein müsse, wenn Arbeiter, welche ihrer Arbeit entlassen, noch späterhin Mitglieder der Fabrik-Krankenkasse sein könnten. (Glauben's schon, es ginge dadurch ein gutes Drogenmittel für die Herren verloren.)

Der Abgeordnete Grumbrecht will, daß es bestimmten Vereinen freistehende, sich Kassen zu gründen.

Abgeordneter Hänel hebt hervor: Es sei hier die Frage zu stellen, wenn es gewisse Vereine gebe, denen das hier in Rede stehende Recht abgeschnitten werden soll, so komme deren politische oder religiöse Tendenz hier nicht in Betracht; wenn ein Verein zugelassen werde, müssen alle zugelassen werden. Die Lösung der bezüglichen Vereine liege nicht hier, sondern im Vereins-Gesetz.

Derselben Ansicht schließt sich der Regierungs-Kommissar an, welcher ebenfalls die Lösung der strikten Frage bis zur Revidirung des Vereins-Gesetzes aufzusparen gedenkt. (Wir Social-Demokraten können uns also im Voraus auf das neue Vereins-Gesetz gefaßt machen.)

Die Abstimmung über die verschiedenen Anträge ergiebt Folgendes: Für den Antrag Hänel stimmen 8, dagegen 5.

Bei der zweiten Abstimmung über den ganzen Absatz stimmen 7 gegen und es zeigt sich bei der Gegenprobe, daß nicht, wie zuerst angenommen, 13, sondern 14 Kommissions-Mitglieder anwesend sind, indem 7 für die Regierungs-Vorlage stimmen.

Der Entwurf ist also mit Stimmgleichheit abgelehnt.

Zu bemerken ist jedoch, daß noch 2 Lesungen in der Kommission zu erledigen sind und die Zahl der Kommissions-Mitglieder, welche anwesend, nur 1/2 betrug. Es steht also in Betreff dieses Paragraphen Alles zu erwarten.

Protokoll

gegen die Entwürfe eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Titels VIII der Gewerbeordnung“).

(Schluß.)

Gesetz über die gegenseitigen Hülfsklassen.

In Betreff der Regierungsvorlage schlagen wir folgende Verbesserungen vor.“)

Zum ersten Absatz des § 22 haben wir zwar keine Abänderung vorgeschlagen, fühlen uns aber doch veranlaßt, unsere Meinung über diesen § auszusprechen; eigenhändig erscheint es uns, daß die Regierungsvorlage die in Absatz 1 enthaltene Bestimmung aufgenommen hat, nach dem sie doch im § 13 bestimmen will:

„Zu anderen als den in den §§ 11, 12 bezeichneten Unterstufungen und der Deckung der Verwaltungskosten dürfen weder Beiträge von den Mitgliedern erhoben werden, noch Verwendungen aus dem Vermögen der Klasse erfolgen.“

Eben weil wir wünschen, daß Vereine, Gewerkschaften u. s. w. für ihre Mitglieder „eingetragene Hülfsklassen“ errichten dürfen, sind wir für Beibehaltung dieses ersten Absatzes des § 22.

Was den zweiten Absatz des § 22 betrifft, so schlagen wir für denselben folgende Fassung vor:

„Verfügbare Gelder dürfen seitens des Vorstandes nur in Gemäßheit der Beschlüsse der General-Versammlungen (außer in öffentlichen Sparkassen und in den durch das Statut bezeichneten Banken nur ebenso wie die Gelder Bevormundeter . . . fällt fort) angelegt werden. Motive.

Die Arbeiter sind als mündige Staatsbürger wohl im Stande, über ihr eigenes Vermögen zu verfügen. Auch ist uns kein Fall bekannt, daß in der Blüthezeit des Gründerthums auf freier Selbstverwaltung beruhende Arbeiterkassen ihr Vermögen in seitdem entwertheten faulen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen und sonstigen Schwindselpapieren angelegt und so die für die Kranken, Waisen, Waisen und Invaliden bestimmten Gelder leichtsinnig vergeudet hätten. Vielmehr könnte manche Kassenverwaltung sich die Arbeiterkassen zum Rufster nehmen.

Statt der §§ 23, 24 und 25 der Regierungsvorlage beantragen wir folgende neue Paragraphen:

§ 22. Alljährlich hat die Klasse eine nach Vorschrift des Reichs-gesundheitsamtes anzufertigende statistische Uebersicht der Einnahmen, Ausgaben und Bestände, sowie der Krankheits- und Sterbefälle dem Reichs-gesundheitsamte einzusenden und die Abrechnung, sowie die auf Grund dieser Eingaben erfolgten Gutachten des Reichs-gesundheitsamtes jedem Mitgliede mitzutheilen.

§ 23. Wenn nach dem Rechnungsabschlusse des letzten Jahres

*) Obige Vorlage eines Protokolls gegen den Hülfsklassen-Gesetzesentwurf, welche im Auftrage der Berliner Kommission der Krankenkassen-Vorstände ausgearbeitet ist, übergeben wir auf Wunsch der Öffentlichkeit.

**) Gesperrt gedruckte Worte bedeuten Zusätze zur Regierungs-vorlage. Eingeklammerte Worte sind zu streichende Bestimmungen der Regierungsvorlage.

die Einnahmen der Kasse zu den statutenmäßigen Ausgaben nicht ausreichen, so muß eine Erhöhung der Beiträge oder eine Ermäßigung der Unterstufungen eintreten. Das Reichsgesundheitsamt, dem die Abrechnungen, nebst nachprüfungsbedürftiger Statistik alljährlich einzureichen sind, hat dem zuständigen Gericht und den Beteiligten von der Notwendigkeit dieser Maßregel Mitteilung zu machen. Das zuständige Gericht hat, wenn innerhalb sechs Wochen eine Erhöhung der Beiträge oder Ermäßigung der Unterstufungen nach Maßgabe des Gutachtens des Reichsgesundheitsamtes nicht erfolgt ist, die Lösung der Kasse im Genossenschaftsregister zu vollziehen und dieses auf Kosten der Kasse öffentlich bekannt zu machen.

§ 24. Die Kasse ist verpflichtet, alljährlich nach den vorgeschriebenen Formularen Uebersichten und ein Mitgliederverzeichnis dem zuständigen Gerichte einzureichen. Sie hat demselben auf Erfordern das Aussehen der Mitglieder anzuzeigen.

Notize.

Wie schon früher angeführt, hatten wir für nötig, daß eine statistische Abtheilung für Krankheits- und Sterbefälle im Reichsgesundheitsamt errichtet werde. Es ist dies um so notwendiger, als bis jetzt noch keine auf Erfahrung gegründete, wissenschaftlich geordnete Statistik für diese Fälle vorhanden ist. Fast jedes Gewerke läßt auf bestimmte Theile des menschlichen Körpers einen nachtheiligen Einfluß aus, woraus sich bei den Arbeitern, je nach ihrem Gewerke überwiegend, die eine oder die andere Krankheit entwickelt. Nach einer statistischen Aufstellung beträgt z. B. in der Stadt Berlin das Durchschnittsalter der Maschinenbauer 37 Jahre, das der Buchbinder 34½, und das der Cigarrenarbeiter gar nur 31 Jahre. Wenn also der Tod in einem Gewerke früher als in dem andern eintritt, so muß doch auch der Beitrag für das Sterbegeld je nach dem Gewerke verschieden sein. Denn in einem Gewerke die Berufsgenossen vorzüglich der Schwindsucht, in einem andern den Nervenfällen, in einem dritten der Bleikolik u. verfallen, in dem einen Berufszweige chronische, im andern acute Krankheiten vorwiegen, müssen da nicht auch die Beiträge je nach diesen Umständen bemessen werden? Von alledem wissen unsere heutigen Statistiker noch nichts zu erzählen. Wer ist also Sachverständiger? Die Arbeiter mehr als die Gelehrten, denn die Ersteren haben die Praxis, wenn auch nicht durch die Theorie, erprobt, wie hoch sie wohl die Beiträge bemessen müssen.

Es giebt aber auch noch andere Verhältnisse, welche die Leistungsfähigkeit der Krankenkasse verschieden gestalten. Bei andauernden Geschäftskrisen wird ein Geschäft mehr als das andere betroffen, harte Winter wirken auf den Gesundheitszustand dieser, heiße Sommer auf den jener Arbeiterdrang ungunstig. Es gehört also eine langjährige Beobachtung aller einschlägigen Verhältnisse dazu, um als wirklich sachverständig gelten zu dürfen; wie jetzt sich als sachverständig in dieser Beziehung ausweisenden sind Charlatane, welche sich ihre Creditwürdigkeit von den Arbeitern ihrer bezahllen lassen, weiter hat's keinen Zweck.

Um nun eine wirklich brauchbare Statistik zu schaffen, ist es notwendig, daß alljährlich von den Kranken- und Sterbefällen statistische Tabellen und übersichtlich geordnete Abrechnungen an eine Centralstelle geliefert werden. Ein Reichsgesundheitsamt halten wir für die geeignetste Stelle. An einem bereitwilligen Entgegenkommen der Arbeiter wird es nicht fehlen, man möge sie nur nicht durch Polizeimaßregeln zurückschrecken. Um aber das Krankenkassenwesen nützlich zu machen, wäre erforderlich, daß die von den Krankenkassen angestellten Aerzte der größeren Städte verpflichtet würden, allvierteljährlich zu einer Konferenz zusammenzutreten, die auf dem Gebiete der Berufskrankheiten gemachten Erfahrungen einander mittheilen, über die Mittel zur möglichsten Verhinderung derselben berathen und Berichte an das Reichsgesundheitsamt einreichen.

Zu den §§ 26 und 27 der Vorlage beantragen wir folgende Aenderungen:

§ 25. Kassen (in Ansehung deren eine Beitrittspflicht der Arbeiter nicht begründet ist . . . fällt fort) können durch Beschluß der Generalversammlung unter Zustimmung von mindestens vier Fünftheilen sämtlicher vertretenen Stimmen aufgelöst werden.

§ 26. Die Schließung einer Kasse kann durch richterliche Entscheidung (die höhere Verwaltungsbehörde . . . fällt fort) erfolgen:

1. wenn mehr als ein Viertel der Mitglieder mit der Einzahlung der Beiträge oder . . . (fällt fort) Wochen mit der Zahlung fälliger Unterstufungen im Rückstande ist;
2. wenn die Generalversammlung einer geschwändigen Verwendung aus dem Vermögen der Kasse ihre Zustimmung erteilt hat;
3. wenn innerhalb vier Wochen nach einer Abschätzung nicht dem § 23 gemäß für die Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Verpflichtungen und Einnahmen der Kasse Sorge ge-
nommen ist.

nehmen den Verpflichtungen und Einnahmen der Kasse Sorge ge-
nommen ist.

Die Eröffnung des Kontrosverfahrens über die Kasse hat die Schließung kraft Gesetzes zur Folge.

Notize.

Die Aenderung des § 26 der Vorlage ergibt sich aus früheren Motiven, da es nicht passend ist, Zwangskassen überhaupt einzurichten. Daß wir den ersten Theil des Al. 1 des § 27 der Vorlage gestrichen wünschen, hat seinen Grund darin, daß in Zeiten größerer Arbeitslosigkeit sich gewöhnlich die Restanten so häufen, daß nur wenige Mitglieder ohne Rest sind; ferner, wohl jede Kasse eine statutarisch festgesetzte Restierung der Beiträge ihren Mitgliedern gestattet.

Für § 28 der Vorlage beantragen wir in Gemäßheit früherer Motive die Aenderung des Wortes „Aufsichtsbehörde“ in „zuständiges Gericht“.

Für den § 31 der Vorlage schlagen wir die Fassung vor: § 30. Die Kassen unterliegen in Bezug auf die Befolgung des Gesetzes der Beaufsichtigung der Handelsgerichte und des Reichsgesundheitsamtes. (Durch die von den Landesregierungen zu bestimmenden Behörden . . . fällt fort.) Das zuständige Gericht (die Aufsichtsbehörde . . . fällt fort) kann jederzeit die Bücher der Kasse einsehen. Es beruft die Generalversammlung, falls der Vorstand durch § 20 begründeten Verpflichtung nicht genügt. Es kann die Mitglieder des Vorstandes und die im Falle der Auflösung oder Schließung einer Kasse mit der Abwicklung der Geschäfte betrauten Personen zur Erfüllung der durch § 24 begründeten Pflichten durch Ordnungsstrafen bis einhundert Mark anhalten.

Wir beantragen zu § 33 der Regierungsvorlage, deren Bestimmungen durchaus ungenügend zu einem fruchtbringenden Kassen-Verbande erscheinen, die folgenden Zusätze:

§ 32. Eine Vereinigung mehrerer Kassen zu einem Verbande behufs gegenseitiger Hilfe kann unter der Zustimmung der Generalversammlungen der einzelnen Kassen und auf Grund eines schriftlichen Statuts erfolgen.

- Das Verbandsstatut hat Bestimmungen zu enthalten über
1. Name, Sitz und Zweck des Verbandes;
 2. Beitritt und Austritt der örtlichen Kassen;
 3. Verbandsbeiträge, gegenseitige Versicherung der örtlichen Kassen und Freizügigkeit der Mitglieder;
 4. über Bildung eines Vorstandes, sowie über die Legitimation seiner Mitglieder und den Umfang seiner Befugnisse;
 5. über die Zusammensetzung und Berufung der Generalversammlung, über die Art ihrer Beschlussfassung und über die Stimmberechtigung der Delegirten;
 6. über Abstimmungen in den Generalversammlungen der örtlichen Vereine;
 7. über die Aenderung des Vereins-Statuts der örtlichen Vereine.
 8. über die Verwendung des Vereins-Vermögens im Falle der Auflösung oder Schließung des Verbandes.

Das Statut darf keine den Vorschriften dieses Gesetzes zuwiderlaufende Bestimmungen enthalten.

Die Wahl des Vorstandes hat zu geschehen:

1. durch die Vorstände der beteiligten örtlichen Kassen, oder
2. durch eine Verbands-Generalversammlung von Delegirten der beteiligten örtlichen Kassen, oder
3. durch eine Abstimmung in den Generalversammlungen sämtlicher beteiligten örtlichen Kassen.

Der Sitz des Vorstandes darf nur an einem Orte sein, wo eine der beteiligten Kassen ihren Sitz hat.

Der Verband ist nach Maßgabe des § 30 der Aufsicht des zuständigen Gerichts desjenigen Bezirkes, in welchem der Vorstand seinen Sitz hat, unterstellt.

Auf die Mitglieder des Vorstandes und die sonstigen Organe des Verbandes finden die Bestimmungen des § 31 Anwendung.

In Betreff des § 34 der Regierungsvorlage, welcher lautet:

§ 34. Die Verfassung und die Rechte der auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen werden durch dieses Gesetz nicht berührt; die Kassen können jedoch durch die Landesregierungen zur Einfindung der im § 23 Abs. 1 bezeichneten Uebersichten verpflichtet werden.

In Ansehung der Kassen der Knappschafts-Vereine verbleibt es bei den dafür maßgebenden besonderen Bestimmungen.

Derselbe ist zu streichen, weil wir nicht wünschen, daß zu Gunsten einzelner gelehrter Gesellschaften, Freimaurer, Oek. fellows, Druiden u. Ausnahmen gemacht werden, und die Knappschaftskassen der Bergleute u. von allen Kassen am meisten einer Reform bedürfen.

Gegen den früheren Redakteur unseres Blattes, A. Käster, findet den 7. Dezember, einer Rede wegen, welche derselbe den 28. August in Frankfurt a. O. gehalten, ein öffentlicher Termin vor dem dortigen Kreisgericht statt.

Gießen, 16. Nov. (Allg. deutscher Schneiderverein.) In Gemäßheit des § 26 unterbreiten wir, in Uebereinstimmung mit der Controlkommission, die Aenderung des § 9, Absatz 2, des Sterbegeld betreffend, einer Kräftigung. Wir bemerken dabei, daß ganz genau die Zahl der Mitglieder, welche für die Aenderung, sowie derer, welche gegen dieselbe gestimmt haben, angegeben werden und dieses Resultat binnen 4 Wochen, vom Tage des Ergehens in den Vereinsorganen an gerechnet, anher eingeschickt werden muß. Mit Gruß Der Ausschuss. J. A. B. Meyer.

Bezüglich des vom Genossen Matthäus aus Hamburg ergangenen Gesuches um Zustellung statistischen Materials, erlaube ich, daß es sich hier nicht um die regelmäßig zu ergebende Statistik handelt, sondern ein persönliches Unternehmen ist, was der Agitation, also der Gesamtheit, zum Nutzen dienen soll. Ich erlaube deshalb die Mitglieder, demselben darin thätig zu unterstützen. Mit brüderlichem Gruß J. A. B. Meyer.

Hamburg, 20. Nov. (Strife der Buchbinder.) Die Hamburg-Altonaer Buchbindergehilfen befinden sich seit dem 13. Novbr. im Strike. 130 Mann sind brodlos. Wir bitten, den Bezug streng fern zu halten. Geldunterstützungen sind dringend nötig. Gewerkschaften und Ihr, die Mitglieder anderer Gewerke, helft uns kämpfen, wir helfen später wieder, wie wir bis jetzt überall geholfen haben, wo es Noth that. Geldsendungen sind zu adressiren: D. Fey, Steinstr. 89 II. Das Comité.

Rehme, 11. Nov. (Volksversammlung.) Am 9. November hielten wir eine Volksversammlung über die Erhöhung der Biersteuer und Einführung einer Petroleumsteuer ab. Herr Klute übernahm hierüber das Referat und geistete besonders die Besteuerung der Verbrauchsgegenstände, wodurch fast allein das arbeitende Volk betroffen wird. Mit sozialdemokratischem Gruß. F. Kahlmeyer.

Donaubrück, 20. Nov. (Berichtigung.) In der Beschreibung des Donaubrucker Tischlerstriktes haben sich 2 Fehler vorgefunden. Es muß hießes heißen: Von Dieselseld b. Hrn. Kainz 81,00 Mk., von Steintin b. Hrn. Voelcke 17,90; dagegen in Donaubrück fünf eingegangenen in Summa 443,03 Mk. C. Orthwein.

Zur Beachtung.

Da uns in letzter Zeit wieder mehrmals Annoncen ohne Geld zugehen, machen wir darauf aufmerksam, daß wir Annoncen ohne Beifügung des Betrages nicht aufnehmen können.

Zur Beachtung der Annoncen machen wir darauf aufmerksam, daß circa 10 Silben kleiner, gewöhnlicher Schrift in die Zeile gehen; Alles, was fett oder groß gedruckt werden soll, muß doppelt oder dreifach gerechnet werden. Die Expedition.

Briefkasten.

Meine jetzige Adresse ist: F. H. Klute, pr. Vdr. Herrn Siegmund, Allerheiligenstr. 2, Erfurt. Alle für mich bestimmten Briefe u. sind in obiger Weise zu adressiren und bitte ich, die Parteigenossen Thätigen namentlich, darauf zu achten, sowie Briefe, die Agitation betreffend, rechtzeitig an mich gelangen zu lassen, damit ein geordnetes, erfolgreiches Wirken möglich ist. Erfurt, den 19. November 1875.

Mit Gruß
Die Herren Adhale, Leinios und Genossen erlaube ich hierdurch mir eine genaue Adresse angeben zu wollen, an die ich seiner Zeit den Beschluß des Ausschusses zur Information der Beteiligten senden kann.
F. W. Frische,
Vorsitzender des Ausschusses der Socialist. Arb. Partei Deutschlands.
Berlin S. Drebbenerstr. 37.
Th. Brandel und Jr. Großmann, Hamburg. Unsere Adressen sind:
D. Jungmann, Rühgasse 10, 2 Tr., bei Losant, Frankfurt a. M.
J. Wegmann, Neuer Wall 23, bei Rappes, Sachfenhausen, Frankfurt a. M.

Anzeigen.

Berlin.
Donnerstag, 25. Nov., Ab. 8½ Uhr,
Bräudenstr. 10a., Café Mittelhaus,
Gechl. Mitglieder-Vers.
des Socialistischen Arbeiter-
Wahl-Vereins.
Tagesordn.: Die Gewerkschaftsbewegung.
Referenten die Herren Kadow u. Frische.
— Innere Angelegenheiten.
Karten sind vorzulegen. Neue Mitglie-
der werden aufgenommen.

Sonntag, 28. Nov., Vorm. 10 Uhr,
im Tivoli, auf dem Kreuzberge,
**Große
Volksversammlung.**
Tagesordnung: Die Stellung des Klein-
gewerbes zum Liberalismus und Socialis-
mus. Refer.: Herr Reichstagsabgeordneter
Aug. Bebel.

Die Gesinnungsgenossen werden aufge-
fordert, für das Bekanntwerden dieser Ver-
sammlung Sorge zu tragen.
(F. 29.) A. Heinsch. [6,20]
Das diesjährige Sylvesterfest findet im
Luisenstädtischen Theater (Königsplatz) statt.
Den Cigarren- Arbeitern,
den Tabak- Arbeiterinnen, sowie den
Mitgliedern des deutschen Tabak- Arbeiter-
Vereins zur Nachricht, daß die wöchentlichen
Beiträge von Sonnabend, den 27. Novbr.
ab **Vinienstraße 44** (b. Deureuse's Lokal),
Abends von 7 bis 9 Uhr, entgegenge-
nommen werden. J. A. R. Erl. [2,00]
H. Bogemehl, Adolf Dittmann.

Berlin. Sonnabend, 27. November,
Abends 8 Uhr,
bei Vogel, Alexanderstr. 31,
**Kränzchen
des deutsch. Bau-, Land-, Erd-
und Fabrikarbeitervereins.**
Billets a Person 50 Pf.
Parteigenossen sind eingeladen.
(F. 51.) Das Fest-Comité.
S. Kohnhadt. [2,40]

Hamburg. Donnerstag, 25. Nov.,
Abends präc. 8 Uhr,
bei Herrn Körner, Marktstraße 10,
St. Pauli,
Zimmerer-Versammlung.
Sant-Paulianer seid am Plage.
(F. 40.) L. Pfeiffer. [1,60]

Hamburg. Donnerstag, 25. Novbr.,
Abends 8 Uhr,
in Stadli's Etablissement,
Valentinslamp 41,
**Öffentl. Versammlung
des Allg. deutschen Gipser- und
Stuckateur-Vereins.**
L.O.: Vortrag des Herrn Schredenbach.
(F. 1.) F. Becker. [2,20]

**Stiftungsfest
der Mitgliedschaft
des Allg. Tischler- (Schreiner-)
Vereins
zu Hamburg,**
verbunden mit
Concert und Ball,
am Sonnabend, den 27. November,
in Stadli's Etablissement,
Valentinslamp 41,
Festrede hält Herr A. Görig.
Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Karten, a 30 Pf., sind bei dem Comité
und in den bekannten Wirtschaften zu
haben. An der Kasse 45 Pf.
Sämmtliche Arbeiter Hamburgs und der
Umgegend sind hierzu eingeladen.
(F. 37.) Das Comité. [4,60]

Hamburg. Donnerstag, 25. Nov.,
Abends 8½ Uhr,
bei Hübner, große Rosenstraße 37,
**Öffentl. Versammlung
des Allg. deutsch. Töpfervereins.**
Tagesordnung: Vortrag.
(F. 116.) G. Halle. [2,40]
Richtig Revision des Strife-Comité's ist
Mittwoch, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr,
bei Eder's, Neustädter-Neustraße. D. O.

Altona. Mittwoch, 24. November,
Abends 8½ Uhr,
in Heinsch's Salon,
**Versammlung
des Social-demokratischen Arbeiter-
Vereins.**
L.O.: Bourgeois-Republik und Monarchie.
Refer.: Herr Bruno Kose.
Zutritt frei.
(F. 20.) A. Forchner. [2,20]

Altona. Montag, den 29. November,
Abends 8 Uhr,
in Koppelman's Salon, Gr. Rosenstr.,
**Großes
Arbeiter-Fest
verbunden mit
Concert und Ball.**

Arrangirt von den Socialisten Altona's
unter gefälliger Mitwirkung des Quartetts
Egalité.
Saalöffnung 7 Uhr.
Herrenkarten im Voraus 30 Pf., an der
Kasse 45 Pf. Damenkarten im Voraus
10 Pf., an der Kasse 15 Pf.
Um zahlreiche Theilnahme bittet
(F. 20.) Das Comité. [3,80]

Altona. Donnerstag, 25. Nov.,
Abends 8½ Uhr,
**General-Versammlung
der Arbeiter-Kranken- und Sterbe-
Kasse.**
Tagesordn.: 1) Wahl eines Arztes für
Hamburg. 2) Wahl eines Viceboten für
Hamburg. 3) Wahl eines Kommissions-
mitgliedes.
(F. 20.) Chr. Grafmann. [2,20]

Bremen. Freitag, 26. Nov.,
Abends 8½ Uhr,
in Geer's Hotel, Bahnhofstraße,
(F. 67.) („Hermannshalle“). [2,60]
**Geschlossene
Mitglieder-Versammlung
der Socialist. Arbeiterpartei.**
Tagesordn.: 1) Vortrag. — 2) Innere
Angelegenheiten.
Alle Mitglieder müssen zur Stelle sein.
Der Agent.

Ottensen. Donnerstag, 25. Nov.,
Abends 8½ Uhr,
in Burmeister's Salon,
Socialisten-Versamml.
L.O.: Die Organisation und Agitation
des 6. Wahlkreises.
Ich erlaube die Parteigenossen, zahlreich
zu erscheinen.
(F. 63.) F. Heerhold. [2,00]

Wandsbek. Mittwoch, 24. Nov.,
Abends 8 Uhr,
bei Deke, Lübeckerstr. 55,
**Öffentliche
Tischler-Versammlung.**
Die allgemeine Bewegung und das Vor-
gehen der Meister. A. Hampe. [1,40]

Barmbeck. Donnerstag, 25. Nov.,
Abends 8 Uhr präc.,
im Lokale des Herrn Schulz in Barmbeck
am Markt,
**Öffentliche Versammlung
der Bau-, Land-, Erd- und Fabrik-
Arbeiter.**
L.O.: Die Wissenschaft und die Arbeiter.
Jeder hat Zutritt.
(F. 1.) Schröder. [2,00]

**Für Barmbeck, Hohen-
felde-Burgfelde und
Umgegend.**
Donnerstag, 25. Nov., Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn Müller,
„Rübischer Baum“.
**Große öffentliche
Tischler-Versamml.**

L.O.: Die Kämpfer der unfreien Ar-
beiter im Alterthum.
Referent: Herr Kuer.
Es liegt im Interesse Jeden, zahl-
reich und pünktlich zu erscheinen.
(F. 89.) J. A. Hartlieb. [4,00]
Herzlichen Glückwunsch meinem Freunde
Ch. Keuter in Hannover zum Geburts-
tage. W. Schwinowitsch. [2,00]
Köttdam, den 21. November.

Rothenburgsort. Donnerstag,
den 25. November,
Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn Dionysius,
**Große öffentliche
Arbeiter-Versammlung.**
Tagesordnung: Die Gesetzesvorlage der
Kranken- und Hilfskassen.
(F. 61.) J. A. D. Sadow. [2,20]

Für Bremen und Umgegend.
Hierdurch bringen wir dem geehrten
Publikum Bremens und der Umgegend zur
Kenntnis, daß wir Herrn J. W. Fried die
Agentur für unsere Firma übertragen und
bitten, alle in das Druckfach einschlagenden
Arbeiten, die man uns freundlichst zu über-
tragen gemillt ist, aufzugeben bei Herrn
J. W. Fried, Bremen, Seemanns-
gasse 1. (F. 97.) [3,00]
**Allgem. deutsche Associations-
Buchdruckerei zu Berlin.**
(Eingetragene Genossenschaft.)

Geschäfts-Eröffnung.
Mit dem heutigen Tage habe ich hier
an Ort ein Tischler- und Schreiner-Geschäft
errichtet und empfehle mich dem Publikum
bei allen vorkommenden Arbeiten, die in
diesem Fach einschlagen, unter Versicherung
reeller Bedienung. Hochachtungsvoll
(F. 58.) David Rehmel, Tischler.
Geschäftslokal: Volkshagenstr. 26. [2,60]

Dankagung.
Daß mir am 13. d. M. veranstaltete
Kränzchen durch die Herren Elsholz und
Fried, veranlaßt mich, genannten Herren,
sowie den Damen Frau Elsholz und
Frau Stagemann, welche dasselbe durch
Schmäkung des Lokals, sowie durch Vor-
träge verherlicht haben, wie überhaupt den
werthen Parteigenossen und meinen Name-
raden, die mit mir bei Meister Kige zu-
sammen arbeiten, für ihre rege Theilnahme
meinen wärmsten Dank auszusprechen.
C. Württemberg. [2,60]